

Europawahlcheck

Condomsforfuture – Information beugt dummen Entscheidungen vor

Überprüfung der Europaprogramme der Parteien auf Konformität mit #FFFfordert

Vorwort

Am 08.04.2019 veröffentlichte Fridays For Future Deutschland Forderungen (<https://fridaysforfuture.de/forderungen/>) an die Politik. Am 26.05.2019 finden die Europawahlen in Deutschland statt. Es wird das womöglich letzte Europaparlament gewählt, welches Entscheidungen treffen kann, um das 1,5°-Ziel zu erreichen. Ist dies nicht der Fall, erreicht der Klimawandel Kippunkte, dessen Folgen niemand vorhersagen kann, die aber keinesfalls mehr aufgehoben oder rückgängig gemacht werden können.

Aus diesem Grund ist die anstehende Europawahl wichtiger als je zuvor! Im Nachfolgenden werden die Wahlprogramme zur Europawahl der sechs größten deutschen Parteien auf Übereinstimmung mit #FFFfordert überprüft. Es wurden lediglich die sechs größten Parteien betrachtet, da das Entscheidungsverhalten kleinerer Parteien oft ungewiss ist und sie vermutlich nicht die ausreichende Stimmzahl erhalten werden, um ausschlaggebend für klimapolitische Entscheidungen zu sein.

Wir sprechen für keine Partei eine Empfehlung aus, für die Wahl ist es jedoch essenziell, sich vorher mit allen Parteien inhaltlich auseinanderzusetzen. Für diesen Wahlkompass würde das jedoch den Umfang sprengen.

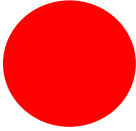


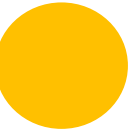
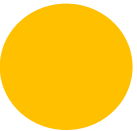
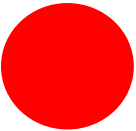
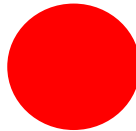
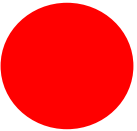
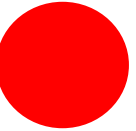
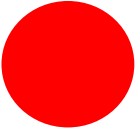
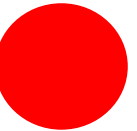
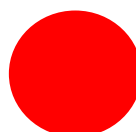
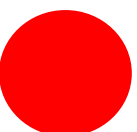


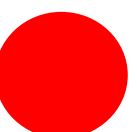
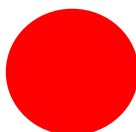
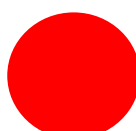
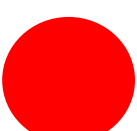
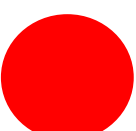
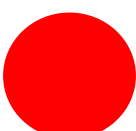
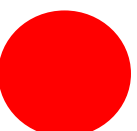
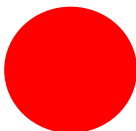
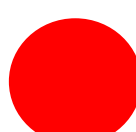
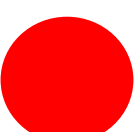


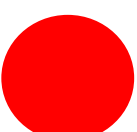
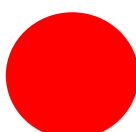
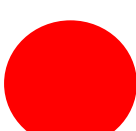
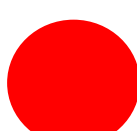
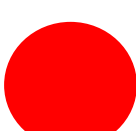

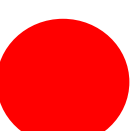
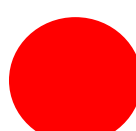
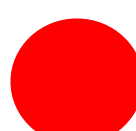




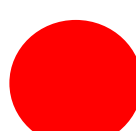
Diese Aufstellung soll als Wahlorientierung dienen. Die letztendliche Entscheidung, wen man wählt, muss jede*r für sich persönlich treffen. Wichtig hierbei ist nur, dass jede*r, der die Möglichkeit dazu hat, wählen geht. Überall auf der Welt kämpfen Menschen um ein Wahlrecht und dieses muss genutzt werden.

Denn jede Stimme, die nicht abgegeben wird, ist eine Stimme für extreme Parteien und Klimaleugner*innen! Im Zweifel muss man in den sauren Apfel beißen und das geringere Übel wählen. Also:


Wir müssen wählen gehen, damit die Klimaleugner*innen nicht in die Parlamente kommen. Gleichzeitig müssen wir auf die Straße gehen, damit endlich die richtige Klimapolitik in die Parlamente kommt!



#voteclimate

Übersicht

#FFFfordert	CDU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	FDP	AfD
1,5°-Ziel						
Nettonull 2035						
Kohleausstieg 2030						
100% Erneuerbar bis 2035						
Ende der Subventionen für fossile Energieträger						
¼ Kohle abschalten bis Ende 2019						
THG-Steuer von mindestens 180€ pro Tonne						

Legende:

Symbol	Bedeutung
	Forderung enthalten

	Forderung teilweise enthalten
	Forderung nicht enthalten

Detailanalyse:

CDU:

1,5°-Ziel: Die CDU sagt in Ihrem Wahlprogramm „es ist gelungen, die Weltgemeinschaft auf das Ziel zu verpflichten, dass sich die Erdatmosphäre nur um maximal zwei Grad gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter erwärmen soll.“ Sie formulieren also ein 2°C-Ziel. Die internationale Vereinbarung lautet jedoch „den Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2°C gegenüber vorindustrieller Werten zu begrenzen“ und „das Ziel, den Anstieg auf 1,5°C zu begrenzen, da dies die Risiken und Folgen des Klimawandels deutlich vermindern würden.“ (Auszug aus Pariser Abkommen, https://ec.europa.eu/clima/policies/international/negotiations/paris_de, Stand: 30.04.2019) Das Ziel der CDU entspricht also nicht, wie von der Partei vorgegeben, den internationalen Vereinbarungen und dem 1,5°-Ziel.

Nettonull 2035: Hierzu sagt die CDU „wir bekennen uns zu dem Ziel, Treibhausgase bis zum Jahr 2030 um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu verringern.“ Nettonull wird hingegen nicht thematisiert. Mit einer Reduktion um 40% bis 2030 wird eine Reduktion um 100% bis 2035 aber nahezu unmöglich.

Kohleausstieg 2030: Ein Kohleausstieg wird in dem Wahlprogramm nicht thematisiert.

100% erneuerbare Energien bis 2035: Eine 100% Versorgung durch erneuerbare Energien wird in dem Wahlprogramm nicht thematisiert.

Ende der Subventionen für fossile Energieträger: Ein Ende der Subventionen für fossile Energieträger wird in dem Wahlprogramm nicht thematisiert.

¼ Kohlekraftkapazitäten abschalten bis Ende 2019: Eine Abschaltung von Kohlekraftwerken, egal ob kurz- oder langfristig, wird in dem Wahlprogramm nicht thematisiert.

THG-Steuer von mindestens 180€ pro Tonne CO₂: Hierzu äußert sich die CDU wie folgt: „Das zentrale marktwirtschaftliche Mittel der europäischen Klimapolitik ist der Emissionshandel. Wir setzen uns dafür ein, dass dessen gegenwärtige Probleme beseitigt und wirksame Anreize gesetzt werden, klimaschädliche Treibhausgase zu vermeiden.“ Dieser soll also überarbeitet werden. Generell möchte die CDU aber an dem derzeitigen System festhalten. Eine Erweiterung auf derzeit nicht eingeschlossene Sektoren wird aber nicht erwähnt. Auch eine Erhöhung oder ein angestrebter Preis wird nicht erwähnt.

SPD:

1,5°-Ziel: Die SPD beruft sich in ihrem Wahlprogramm auf das Pariser Abkommen. So ist folgende Aussage zu finden: „Um das Ziel des Pariser-Abkommens zu erreichen [...]“. Gleichzeitig fordert sie aber „[...] eine Anhebung des europäischen Klimaschutzziels auf mindestens 45 Prozent

Treibhausgasminderung bis 2030 (Basisjahr 1990). Sowie das langfristige Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050.“ So wird das 1,5°-Ziel des Pariser Abkommens nicht zu erreichen sein.

Nettonull 2035: Die SPD sagt „wir wollen [...] die Europäische Energieversorgung CO₂-neutral und bezahlbar sicherstellen“. Konkretisiert das jedoch anschließend mit der Aussage „[...] das langfristige Ziel der Treibhausgasneutralität [solle] bis 2050“ erreicht werden.

Kohleausstieg 2030: Ein Kohleausstieg wird in dem Wahlprogramm nicht thematisiert.

100% erneuerbare Energien bis 2035: Bezüglich des Ausbaus der Erneuerbaren schreibt die SPD in ihrem Wahlprogramm: „Wir wollen weiterhin ambitionierte Schritte zur schnelleren Umstellung des Energiemixes hin zu mehr erneuerbaren Energien in ganz Europa vereinbaren.“ Dies wäre zwar ein Schritt in die richtige Richtung, wird aber nicht weiter konkretisiert.

Ende der Subventionen für fossile Energieträger: Ein Ende der Subventionen für fossile Energieträger wird in dem Wahlprogramm nicht thematisiert.

¼ Kohlekraftkapazitäten abschalten bis Ende 2019: Eine Abschaltung von Kohlekraftwerken, egal ob kurz- oder langfristig, wird in dem Wahlprogramm nicht thematisiert.

THG-Steuer von mindestens 180€ pro Tonne CO₂: Die SPD möchte CO₂ besteuern. Dies soll auch die Sektoren betreffen, die bisher von dem europäischen Emissionshandel nicht mit einbezogen werden. Hierzu sagt sie: „Dazu gehört das Funktionieren des europäischen Emissionshandels weiterhin sicherzustellen, ebenso wie die Einführung eines CO₂-Preises für die Sektoren, die nicht vom Emissionshandel erfasst sind.“ Konkrete Preise werden jedoch nicht genannt.

Bündnis 90/Die Grünen:

1,5°-Ziel: Die Grünen sagen in ihrem Wahlprogramm, dass „Eine Erderhitzung, die nicht unter 1,5 Grad liegt, [...] unkontrollierbare Folgen haben“ wird. Weiter berufen sie sich mit folgender Formulierung auf das Pariser Abkommen: „Nur so kann Europa seinen Beitrag leisten, um die Klimakrise einzudämmen und die globale Erhitzung auf deutlich unter 2, möglichst 1,5 Grad zu begrenzen.“ Jedoch fordern sie weiterhin eine 100% erneuerbare Versorgung erst ab dem Jahre 2050. So wird es schwer, das 1,5°-Ziel zu erreichen.

Nettonull 2035: Ein Erreichen von Nettonull wird in dem Wahlprogramm nicht genauer behandelt. Es wird lediglich das Zwischenziel ausgegeben, dass „die CO₂-Emissionen [...] bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 gesenkt werden.“ Mit dieser Reduktion wird Nettonull 2035 aber nahezu unmöglich.

Kohleausstieg 2030: Die Grünen fordern in ihrem Wahlprogramm einen Kohleausstieg bis 2030. Sie sagen: „Länder wie Frankreich, Dänemark, Schweden, Österreich, die Niederlande oder Italien haben sich der globalen Allianz für den Kohleausstieg (Powering Past Coal Alliance) angeschlossen, die sich für einen Kohleausstieg bis spätestens 2030 ausspricht. Diesen Vorreitern muss sich die Europäische Union inklusive Deutschland anschließen, statt an der klimaschädlichen Kohle festzuhalten.“

100% erneuerbare Energien bis 2035: 100% erneuerbare Energien möchten die Grünen erst bis 2050 erreichen. Sie sagen: „Bis 2030 müssen 45 Prozent von Europas Energie, die wir beim Strom, der Wärme und der Mobilität verbrauchen, erneuerbar sein, und bis 2050 müssen es 100 Prozent sein.“

Ende der Subventionen für fossile Energieträger: Die Grünen fordern in vielen Bereichen ein Ende der Subventionierung für fossile Energieträger. So zum Beispiel mit folgenden Aussagen für Atom-

und Kohlekraft: „Diese indirekten und direkten Subventionen [für Atomkraft] müssen beendet werden.“ Und „Jegliche Subventionen für die Kohleverstromung lehnen wir ab.“ Auch in der Mobilität wird eine Subventionierung des schädlichen Individualverkehrs abgelehnt. Hier wird gesagt „statt Milliarden in den Neubau [von Autobahnen und Straßen] zu stecken, muss die bröckelnde öffentliche Infrastruktur dringend saniert werden“ Ebenso sollen Subventionierungen im Flugverkehr abgeschafft werden: „Internationale Flüge unterliegen keiner Mehrwertsteuer, und Kerosin wird nicht besteuert. Das wollen wir nicht zuletzt im Sinne der Gleichheit ändern.“ Das Problem der Subventionierung fossiler Energieträger wurde also erkannt. Diese Punkte müssen jetzt noch auf alle Sektoren ausgeweitet werden.

¼ Kohlekraftkapazitäten abschalten bis Ende 2019: Bezüglich einer sofortigen Abschaltung von Kohlekraftwerken wird man nicht konkret. Einzig die Aussage „Deshalb müssen wir jetzt beginnen, Kohlekraftwerke abzuschalten.“ bezieht sich auf dieses Thema.

THG-Steuer von mindestens 180€ pro Tonne CO₂: Die Grünen fordern einen CO₂-Mindestpreis. Zentrale Aussage hierbei ist „Treibhausgase müssen einen Preis entsprechend ihrer Klimawirksamkeit bekommen.“ Dies würde laut UBA den 180€ pro Tonne entsprechen, welche in #FFFfordert genannt werden. Hier sehen die Grünen Deutschland in einer Vorreiterrolle: „Deutschland soll zunächst mit einigen EUStaaten die Initiative ergreifen und in einer regionalen Staatengruppe einen gemeinsamen CO₂-Mindestpreis einführen.“ Außerdem soll dieser Mindestpreis für alle Sektoren gelten: „Für die Sektoren, die bislang nicht vom Emissionshandel erfasst werden, benötigen wir eine grundlegende Änderung der Abgaben. Fossile Treib- und Wärmebrennstoffe müssen entsprechend ihrem jeweils spezifischen CO₂-Ausstoß den wahren Preis kosten.“

Die Linke:

1,5°-Ziel: Die Linke beruft sich in ihrem Wahlprogramm auf das Erreichen des 1,5°-Ziels und erkennt, dass das Überschreiten von Kippunkten vermieden werden muss. So sind die folgenden zwei Aussagen in dem Wahlprogramm zu finden: „Ziel der Klimapolitik muss es sein, das Erreichen von Kippunkten im Klimasystem zu verhindern.“ und „Um die Erderwärmung möglichst auf maximal 1,5 Grad zu begrenzen, braucht es grundlegende Änderungen in allen Bereichen der Wirtschaft und des Lebens. Das stellte der Weltklimarat im Herbst 2018 fest. Und das ist das Ziel LINKER Klimapolitik.“ Jedoch wird auch gesagt „auch das langfristige Ziel der Klimaneutralität bis 2050 ist ohne ehrgeizigere Zwischenschritte nicht zu erreichen.“ Auch Die Linke. fordert also Nettonull bis 2050, was nicht mit dem 1,5°-Ziel zu vereinbaren ist.

Nettonull 2035: Wie bereits erwähnt fordert Die Linke Nettonull bis 2050. Folgende Aussagen aus dem Wahlprogramm verdeutlichen dies: „Unser Ziel ist, dass im Jahr 2050 der »ökologische Fußabdruck« aller Menschen und Gesellschaften neutral sein soll.“ oder „Auch das langfristige Ziel der Klimaneutralität bis 2050 ist ohne ehrgeizigere Zwischenschritte nicht zu erreichen.“

Kohleausstieg 2030: Das Ziel von #FFFfordert des Kohleausstiegs bis 2030 wird so ebenfalls gefordert. Hierzu ist folgende Aussage in dem Wahlprogramm zu finden: „Der Kohleausstieg muss europaweit sofort beginnen und 2030 abgeschlossen sein.“

100% erneuerbare Energien bis 2035: Die Linke. will „eine Wirtschaftsweise, die auf erneuerbaren und demokratisch organisierten Energien basiert.“ Bezüglich des Ausbaus äußert sie sich jedoch wie folgt: „Der Anteil erneuerbarer Energien am Verbrauch in der EU muss [...] bis 2040 auf 100 Prozent.“ Hier muss man also konsequenter werden.

Ende der Subventionen für fossile Energieträger: Die Linke spricht sich für einen Subventionsstopp von Flugreisen aus. So sagt sie: „Wir wollen die steuerliche Subventionierung des Flugverkehrs abschaffen.“ Dies wird im Weiteren bedingt auf alle Investitionen in fossile Energieträger ausgeweitet: „Öffentliches Geld darf nicht mehr in Konzerne investiert werden, die Geschäfte mit fossilen Energieträgern machen.“ Die Linke nennt aber nicht explizit eine Abschaffung der bereits bestehenden Subventionen.

¼ Kohlekraftkapazitäten abschalten bis Ende 2019: Bezüglich einer kurzfristigen Abschaltung von Kohlekraftwerken fordert die Linke.: „Deutschland soll hier seine europäische Verantwortung wahrnehmen, indem es zunächst die 20 ältesten Braunkohlemeiler über 100 MW Leistung bis 2020 stilllegt.“ Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, es ist jedoch nicht zweifelsfrei deutlich, dass diese Menge einem Viertel der Kohlekraftkapazitäten entspricht. Deutlichere Formulierungen wären an dieser Stelle wünschenswert und können die Zweifel bezeichnen.

THG-Steuer von mindestens 180€ pro Tonne CO₂: Die Linke sieht das derzeitige europäische Emissionshandelssystem als nicht zielführend an. Als Alternative schlägt sie folgendes vor: „Der Emissionshandel hat als zentrales Klimaschutzinstrument der EU komplett versagt. Stattdessen sind verbindliche EU-Vorgaben erforderlich: etwa nationale Abschaltpläne für Kohlekraftwerke in Verbindung mit europäischen bzw. regionalen CO₂-Mindestpreisen bzw. Begrenzungen von Volllaststunden (Nutzungsgrad der Anlage) für jeweils verbliebene Meiler.“ Weiter sagt sie „Zusätzlich fordert DIE LINKE die Einführung einer Kohlenstoffsteuer (Carbon Tax), die alle Industriezweige bzw. Branchen umfasst.“ Hier wird nicht ins Detail gegangen.

FDP:

1,5°-Ziel: Die FDP sagt bezüglich des 1,5°-Ziels: „Wir bekennen uns zur Nachhaltigkeitsagenda 2030 der Vereinten Nationen und zum Pariser Klimaabkommen.“ Mit Anerkennung des Pariser Abkommens stimmt man auch dem 1,5°-Ziel zu. Weiter heißt es „Für das neu diskutierte 1,5-Grad-Ziel müssen die CO₂-Zertifikate für fossile Energieträger auslaufen. Das heißt, ab 2050 oder sogar früher gibt es keine fossilen CO₂-Zertifikate mehr.“ Sollte im Jahr 2050 immer noch mit CO₂-Zertifikaten gehandelt werden, wird das 1,5°-Ziel jedoch verfehlt werden.

Nettonull 2035: Nettonull 2035 bzw. Nettonull generell wird in dem Wahlprogramm nicht thematisiert.

Kohleausstieg 2030: Ein Kohleausstieg wird in dem Wahlprogramm nicht thematisiert.

100% erneuerbare Energien bis 2035: Eine 100% Versorgung durch erneuerbare Energien wird in dem Wahlprogramm nicht thematisiert.

Ende Subventionen für fossile Energieträger: Ein Ende der Subventionen für fossile Energieträger wird in dem Wahlprogramm nicht thematisiert.

¼ Kohlekraftkapazitäten abschalten bis Ende 2019: Eine Abschaltung von Kohlekraftwerken, egal ob kurz- oder langfristig, wird in dem Wahlprogramm nicht thematisiert.

THG-Steuer von mindestens 180€ pro Tonne CO₂: Die FDP möchte „[...] der zu reduzierenden Größe, der CO₂-Emission, einen fühlbaren Preis geben“ Außerdem soll „ein solcher Preis für Emissionen [...] alle Sektoren einschließen, das heißt vom Strom über Wärme bis zu Mobilität und Transport.“ Ein Preis wird aber nicht genannt. Auch soll dies nicht per Steuer durchgeführt werden, sondern mittels des Modells des derzeitigen Europäischen Emissionszertifikate-Systems.

AfD:

1,5°-Ziel: Weder das 1,5°-Ziel, noch das Pariser Abkommen sind Teil des Wahlprogramms der AfD.

Nettonull 2035: Nettonull 2035 bzw. Nettonull generell wird in dem Wahlprogramm nicht thematisiert.

Kohleausstieg 2030: Ein Kohleausstieg wird in dem Wahlprogramm nicht thematisiert.

100% erneuerbare Energien bis 2035: Bezüglich des Ausbaus erneuerbarer Energien äußert sich die AfD wie folgt: „Der propagierte Ausbau der sogenannten Erneuerbaren Energien führt zu einer Vernichtung unserer Natur- und Kulturlandschaften.“ Eine 100%-ige Versorgung ist also nicht vorgesehen.

Ende der Subventionen für fossile Energieträger: Ein Ende der Subventionen für fossile Energieträger wird in dem Wahlprogramm nicht thematisiert.

¼ Kohlekraftkapazitäten abschalten bis Ende 2019: Eine Abschaltung von Kohlekraftwerken, egal ob kurz- oder langfristig, wird in dem Wahlprogramm nicht thematisiert.

THG-Steuer von mindestens 180€ pro Tonne CO₂: Eine Bepreisung von Treibhausgasen wird von der AfD nicht erwähnt.

Verweise:

Wir empfehlen vor der Wahl jedem, sich persönlich mit den Wahlprogrammen der Parteien auseinanderzusetzen, um so in der Lage zu sein, die für einen persönlich beste Entscheidung zu treffen.

#voteclimate